

II=4462 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2175 J

1982 -10- 25

A N F R A G E

der Abgeordneten DR. FRISCHENSCHLAGER, GRABHER-MEYER
an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend diplomatische Schritte im Zusammenhang mit dem
geplanten Kernkraftwerk Rosenheim-Nord

Nach vorliegenden Informationen wird der Plan, das bisher
größte Kernkraftwerk des Freistaates Bayern in Rosenheim -
also nur 27 km von der österreichischen Staatsgrenze ent-
fernt und damit in unmittelbarer Nachbarschaft Salzburgs -
zu errichten, seit einiger Zeit mit allen Mitteln vorange-
trieben. Abgesehen davon, daß der Bau grenznaher Kernkraft-
werke aus allgemein bekannten grundsätzlichen Erwägungen
abzulehnen ist, sieht das in Rede stehende Projekt eine
Anlage vor, die nach ihrer Fertigstellung viermal so groß
wäre wie das von der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung
abgelehnte Kernkraftwerk Zwentendorf.

Salzburg und Oberösterreich sind von dem gegenständlichen
Vorhaben insoferne besonders betroffen, als diese beiden
Bundesländer in der Hauptwindrichtung des südbayrischen Raumes
liegen. Neben den großen Gefahren, die sich aus möglichen
Reaktorschäden ergeben, fällt hier auch der Umstand ins Gewicht,
daß sich als Folge der Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes
in Rosenheim das Innwasser um ca. 2° erwärmen würde, was nach
Ansicht von Fachleuten nicht wiedergutzumachende ökologische
Auswirkungen hätte.

- 2 -

Angesichts dieses überaus besorgniserregenden Sachverhaltes
richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn
Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die

A n f r a g e :

1. Hat sich Ihr Ressort bereits alle im Zusammenhang mit dem Rosenheimer Kernkraftwerksprojekt erforderlichen Informationen und Unterlagen verschafft?
2. Welche Schritte wurden diesbezüglich vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bisher gesetzt?
3. Was wird weiterhin unternommen werden, um die Verwirklichung des genannten Vorhabens in Wahrnehmung vorrangiger österreichischer Umweltschutzinteressen abzuwenden?